UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 6. September 1990
27/90

SPD-„Regierungs"-Programm:

Die SPD ist und bleibt die Steuererhöhungs-Partei

Nun hat Lafontaine endlich die Katze aus dem Sack gelassen: Er hat zugegeben, daß es mit der SPD als Regierungspartei massive Steuererhöhungen für Bürger und Wirtschaft geben wird. Damit ist nun für jeden ersichtlich: Die SPD war, ist und bleibt die Steuererhöhungspartei.

Das altbekannte sozialistische Instrumentarium — mehr Planung, mehr Lenkung, mehr Bürokratie — wird wieder aus der Mottenkiste geholt. In den osteuropäischen Ländern haben sich die Menschen gerade davon befreit. Lafontaines Regierungsprogramm bedeutet für die Menschen in Deutschland nichts Gutes.

Auf die drängenden Fragen der deutschen Politik gibt Lafontaines Programm keine Antwort. Bei allen konkreten Fragen nach der Finanzierung der deutschen Einheit bleibt Lafontaine die Antwort schuldig und wiederholt nur den Ruf nach Kassensturz.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● **Sozialdemokraten**
Volker Rühe über das SPD-Programm: Unsicher und unsolide. Seite 16

● **Haushalt**
Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit sind nicht erforderlich. Seite 17

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Wir feiern den Tag der deutschen Einheit. Zwölf Ideen. Seite 27

● **Dokumentation**
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Familienpolitik. Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik. Leistungsbilanzen der CDU 1982—1990. Grüner Teil

Zum Einigungsvertrag:

● **Wolfgang Schäuble: Der Einigungsvertrag ist das solide und tragfähige Fundament des vereinten Deutschland. Seite 3**

● **Lothar de Maizière: Eines der bedeutendsten Vertragswerke in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Seite 6**

● **Helmut Kohl: Ein Dokument von höchster historischer Tragweite. Seite 9**

● **Volker Rühe: Die letzte Hürde auf dem Weg zur deutschen Einheit ist genommen. Seite 10**

● **"... in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet". Das Wichtigste aus dem Einigungsvertrag. Seite 11**

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Für sein Regierungsprogramm bittet Lafontaine die Deutschen in West und Ost schwer zur Kasse. Die SPD will nach wie vor das Autofahren und das Heizen von Wohnungen mit Öl oder Gas drastisch verteuern, um die Leute zum Energiesparen zu zwingen. Da sie aber gleichzeitig verspricht, andere Steuern zu senken, ist der Anreiz, Energie zu sparen, gleich Null.

Die SPD-Pläne gehen besonders zu Lasten der mittelständischen Berufstätigen, der Reisenden, der Verkäufer. Sie sind alles andere als sozial.

Die Steuer bleibt beim „kleinen Mann" und den Fernpendlern hängen. Unsere Landsleute in der DDR freuen sich jetzt auf ihren neuen westlichen Wagen, auch wenn es erst einmal ein gebrauchter ist — und nun soll ihnen dies durch überhöhte Benzinpreise vermiest werden.

Besserverdienende können sich das leicht leisten. Die SPD will die sogenannten „Besserverdienenden" gesondert zur Kasse bitten, ohne jedoch zu sagen, wer in ihren Augen zu dieser Gruppe gehört. Damit schürt sie wieder einmal bewußt den Sozialneid und bestraft die Leistungsträger unserer Wirtschaft: Facharbeiter, viele Angestellte und mittelständische Handwerksbetriebe.

Lafontaines Konzept würde insbesondere unsere Landsleute in der Noch-DDR überfordern. Dort setzt man auf unsere Soziale Marktwirtschaft und investitionsbereite Unternehmen und nicht auf neue staatliche Bevormundungen und Belastungen. Dies kennen die Menschen zwischen Elbe und Oder zur Genüge; dies haben sie gerade abgewählt.

Auch die SPD-Pläne zur weiteren Arbeitszeitverkürzung sind abenteuerlich. Schon jetzt haben wir im Durchschnitt eine Wochenarbeitszeit von 37 Stunden. Um die neuen Bundesländer wirtschaftlich an die elf westlichen Bundesländer heranzuführen, brauchen wir zukünftig nicht weitere Arbeitszeitverkürzungen, sondern mehr Arbeit. Indem man die Hände in den Schoß legt, kann man keinen Wohlstand erreichen. Und Wohlstand, wie wir ihn hier im Westen durch 40 Jahre harter Arbeit erreicht haben,

Unsicher und unsolide
Volker Rühe zum
SPD-Programm · Seite 16

wollen auch die Menschen jenseits der Elbe. Und sie sind bereit, dafür zu arbeiten.

Die Forderung der SPD nach Vorlage eines gesamtdeutschen Haushaltes ist eine Irreführung der Wähler. Lafontaine gibt selbst zu, die Kosten der Einheit nicht zu kennen, verlangt aber von der Bundesregierung, sie offenzulegen. Die Bundesregierung wird unmittelbar nach der staatlichen Einheit in einem Nachtragshaushalt und vor der Dezember-Wahl in Eckwerten zum deutschen Gesamthaushalt 1991 aufzeigen, wie man die übernommenen Lasten aus der deutschen Teilung seriös finanziert, ohne die Steuern zu erhöhen. Denn gerade Steuererhöhungen können wir in der jetzigen Situation nicht brauchen.

Fazit: Gerade jetzt steht Deutschland vor schwierigen Aufgaben. Viele Probleme sind zu lösen. Mit seinem Regierungsprogramm schafft Lafontaine aber nur zusätzliche Probleme. Dies ist kein Programm für Deutschland; es schadet Deutschland. ■

Wolfgang Schäuble:

Der Einigungsvertrag ist das solide und tragfähige Fundament des vereinten Deutschlands

Heute ist ein Tag der Freude und der Zuversicht für alle Deutschen, Freude und Zuversicht darüber, daß die staatliche Einheit nicht nur kommt, sondern daß sie auch in geordneten Bahnen verläuft. Es ist für den Einigungsprozeß auch von zentraler Bedeutung, daß eine breite Grundlage für die Unterzeichnung zum Einigungsvertrag jetzt sichergestellt ist.

In 33 Tagen wird die Teilung Deutschlands nach langen Jahren der Trennung endlich überwunden sein. Am 3. Oktober 1990 geht der Wunsch der Menschen in beiden Teilen Deutschlands in Erfüllung, gemeinsam in einem Staat der Freiheit, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben zu können.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat beharrlich an dem Ziel der deutschen Einheit festgehalten und in ihrer Deutschlandpolitik das Bewußtsein der Einheit der Nation wachgehalten und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen gestärkt. Mit der friedlichen und demokratischen Revolution im Herbst letzten Jahres haben die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik die Trennung aus eigener Kraft überwunden. Die erste friedliche Revolution auf deutschem Boden führte zur Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenzen. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk" wurde die kommunistische Diktatur der SED zur Aufgabe gezwungen. Mit dem Ruf „Wir sind ein Volk" wurde die Einheit der Nation gefordert. Die Wahlen zur Volkskammer am 18. März haben klare Mehrheiten und eine demokratisch legitimierte Regierung für diesen Schritt erbracht. Die Regierung von Ministerpräsident de Maizière hat den Auftrag des Volkes konsequent erfüllt.

Erklärung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble anläßlich der Unterzeichnung des deutschen Einigungsvertrages am 31. August 1990 in Berlin

Der jetzt zur Unterzeichnung vorliegende Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands — der Einigungsvertrag — wird geschlossen mit dem Ziel, die Voraussetzungen und Folgen des gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes erklärten Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland zu regeln.

Der Einigungsvertrag ist die Grundlage zur Schaffung eines ein-

heitlichen Rechtsgebiets und zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Wir haben damit ein solides und tragfestes Fundament für unser Gemeinwesen gesetzt.

Wochen intensiver Verhandlungen liegen hinter uns. Es ging darum, die in 45 Jahren auseinanderentwickelten Rechtsordnungen, die unterschiedlichen Wirtschafts- und Lebensverhältnisse wieder zu vereinheitlichen. Diese umfassende Aufgabe hat auf beiden Seiten die Kräfte der Regierungen und Parteien voll beansprucht. Ich danke allen, die am Zustandekommen dieses Vertrages konstruktiv mitgewirkt haben, und nenne an erster Stelle Günther Krause und die Damen und Herren seiner Delegation.

Auf seiten der Bundesrepublik waren nicht nur alle Bundesressorts, sondern auch die Bundesländer sowie die Europäische Gemeinschaft einbezogen. Noch nie ist ein Vertrag unter so breiter Beteiligung ausgearbeitet und ausgehandelt worden. Ich möchte an dieser Stelle aber auch den Hunderten von Mitarbeitern auf beiden Seiten danken, die weit über das normale Maß hinaus gefordert waren, aber mit innerem Engagement ihre Aufgabe erfüllt haben.

Das besondere an diesen Verhandlungen war die gleiche Zielsetzung beider Seiten. Niemand wollte den anderen über den Tisch ziehen. Jeder wußte: noch sitzen wir zwar hier als „DDR" und „Bundesrepublik", aber morgen sind wir gemeinsam das geeinte Deutschland. Jeder wußte auch: Was wir heute gut regeln, wird uns morgen allen nützen. Deshalb haben wir auch bei schwierigsten Problemen immer wieder eine Lösung, einen Kompromiß oder wenigstens einen Gestaltungsweg gefunden. Ich kann daher aus Überzeugung feststellen: Dieser Vertrag der Einheit ist für die Deutschen ein Gewinn. Vielleicht sehen das unsere Nachbarn aus der Ferne deutlicher als manche hier. Aber die Zukunft wird es erweisen.

Der jetzt vorliegende Vertrag sieht mit seinen Anlagen wie ein Werk deutscher Perfektion aus. Dies ist aber nicht der Fall, denn es sind nur Kernbereiche aufgenommen worden und vieles muß noch geregelt werden. Aber wir sehen plastisch vor uns, wie kompliziert das Leben in einer rechtsstaatlichen Ordnung ist.

Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit

Zum wesentlichen Inhalt des Vertrages läßt sich feststellen:

- Das Grundgesetz wird mit den im Zusammenhang mit der Einigung erfolgenden Änderungen für ganz Deutschland in Kraft gesetzt.
- Das übrige Bundesrecht in Form von Gesetzen und Rechtsverordnungen wird durch eine Generalklausel übergeleitet.
- Die gewachsenen sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Strukturen in der DDR werden in den Anlagen zum Vertrag umfangreich berücksichtigt und auf verträgliche Weise angepaßt.
- Gleichzeitig sind mit dem Vertrag die Voraussetzungen zum Aufbau eines funktionierenden demokratischen Verwaltungssystems geschaffen. Eine ausreichende Finanzausstattung für die neu entstehenden Länder ist dabei gewährleistet.

Der Einigungsvertrag schafft die Grundlage dafür, daß Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zum Markenzeichen der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland werden. Natürlich ist dieses Ziel nicht auf wunderbare Weise mit der Unterzeichnung dieses Vertrages erreicht. Doch jetzt können sich alle gesellschaftli-

chen Kräfte neu entfalten. Jeder einzelne Bürger muß seine neuen Möglichkeiten sehen und wahrnehmen.

Nach der Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion werden die letzten noch bestehenden Investitionshemmnisse beseitigt. Dem notwendigen Zufluß von Kapital und unternehmerischer Initiative steht nichts mehr im Wege. Jetzt ist die Zeit zum Handeln für die deutsche und internationale Wirtschaft. Ich bin sicher: Der Aufschwung kommt, und er kommt schneller, als viele annehmen.

Für die Menschen in der DDR ist die Umstellung unmittelbarer, trifft sie persönlicher als im Westen Deutschlands. Es kann nicht von heute auf morgen alles besser werden, vieles wird Zeit brauchen. Jahrzehnte kommunistischer Planwirtschaft und ihre Folgen lassen sich nicht über Nacht berichtigen. Aber jeder weiß, daß es eine Chance zur eigenen Gestaltung gibt. Die soziale Sicherheit ist gewährleistet, das sollen unsere älteren Menschen wissen. Die Jugend kann jetzt die Zukunft in die eigenen Hände nehmen. Sie hat eine Perspektive.

Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gehört das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik auch zum Geltungsbereich der Verträge über die Gründung der Europäischen Gemeinschaften.

Die Bundesregierung ist dankbar für die Unterstützung und Solidarität, die der deutsche Einigungsprozeß in der Europäischen Gemeinschaft und im Kreis des westlichen Bündnisses erfährt. Sie würdigt insbesondere den Einsatz der Organe der Europäischen Gemeinschaften sowie die Bemühungen aller vier Mächte. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen entscheidenen Beitrag zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung darstellt.

Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands wird auch die Teilung Europas beendet. Auf diesen Zusammenhang hat die Bundesregierung, hat der Bundeskanzler immer hingewiesen. Wir haben auch Wert darauf gelegt, daß die deutsche Einigung entsprechend der Maxime von Konrad Adenauer nur in einem europäischen Rahmen und im Einvernehmen mit den Nachbarn und anderen Staaten erfolgt, deren Interessen in besonderer Weise berührt sind.

In Erinnerung an unsere Geschichte sollten wir in dieser Stunde auch dankbar sein für die Tatsache, im Einklang mit allen unsren Nachbarn zu stehen, nicht nur mit den Regierungen, sondern was noch wichtiger ist, auch im Einklang mit den Völkern.

Wollen wir gemeinsam diese Chance zum Wohle der Menschen nutzen. ■

Der 3. Oktober ist schon 1990 Nationalfeiertag

Der 3. Oktober, der Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik, wird bereits in diesem Jahr Nationalfeiertag. Er soll künftig den in der Bundesrepublik seit 1954 begangenen Gedenktag 17. Juni als neuer „Tag der deutschen Einheit“ ablösen. Die Regierungschefs der Bundesländer haben sich mit diesem Vorschlag der Bundesregierung einverstanden erklärt.

Lothar de Maizière:

Eines der bedeutendsten Vertragswerke in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Wir erfüllen heute eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Der Einigungsvertrag, der in wenigen Augenblicken unterschrieben wird, ist ein gründlich ausgehandeltes, in konstruktivem Geist gestaltetes Werk, das den Beitritt und die damit zusammenhängenden Fragen in einer ausgewogenen Balance hält.

Dieser Vertrag ist sicher eines der bedeutendsten Vertragswerke in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er schafft Sicherheit und Klarheit über die vielen Fragen, die sich beim Vollzug der Einheit stellen.

Im Vertrag ist geregelt, was wir für wichtig und richtig hielten. Gestatten Sie mir, sieben Punkte zu erwähnen, die ich besonders hervorheben möchte:

1 Der Vertrag schafft Klarheit über die Eigentumsfragen. Für die Menschen in der DDR und für den inneren Frieden im vereinten Deutschland ist die Festschreibung der Ergebnisse der Bodenreform von 1945—1949 von zentraler Bedeutung.

Der Einigungsvertrag schafft einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Recht auf Eigentum und der Tatsache, daß man Geschichte nicht einfach ungeschehen machen kann. Er macht rasche Investitionsentscheidungen möglich, auch dort, wo Eigentumsfragen noch nicht abschließend geklärt sind; eine für die wirtschaftliche Entwicklung besonders zukunftsweisende Regelung.

2 Der Einigungsvertrag schafft die Voraussetzungen für Investitionen in der DDR und damit auch für Arbeitsplätze. Er wird ein umfangreiches Programm zur Regionalförderung in der DDR einleiten.

Rede des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, anläßlich der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 1990

Damit sind wichtige Weichen gestellt. Allein 1,2 Millionen Arbeitsplätze können dadurch gesichert bzw. neu geschaffen werden.

3 Es wird das System der sozialen Sicherung, das in der Bundesrepublik gilt, übernommen. Das bringt für die Menschen in unserem Land große Vorteile. Dieses Netz der sozialen Sicherung ist beispielgebend für die großen Industrienationen. Übergangsregelungen sichern soziale Gerechtigkeit in den wenigen Fällen, wo das DDR-Recht bisher günstiger war. Gerade hier wird deutlich, daß in der Sozialen Marktwirtschaft Wirt-

schafts- und Sozialpolitik auf das engste verbunden sind.

4 Zu den schwierigsten Verhandlungsthemen gehörten die Fragen der Finanzausstattung der künftigen Länder und Gemeinden. Hier mußten Kompromisse gefunden werden. Die jetzige Regelung schafft die Voraussetzungen, daß die neuen Länder an der Wirtschaftskraft des geeinten Deutschland angemessen teilhaben werden.

5 Der Einigungsvertrag reicht weit über die Wirtschafts- und Sozialpolitik hinaus. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und die Verbesserung der Umweltsituation auf dem Gebiet der heutigen DDR nehmen im Vertrag einen hohen Rang ein. Wir brauchen saubere Luft zum Atmen, den Schutz der Seen, Flüsse und unserer Trinkwasservorräte, und wir wollen den Erhalt und die Pflege unserer schönen Naturlandschaften — sei es die Schorfheide, der Thüringer Wald oder die Sächsische Schweiz, die Mecklenburgische Seenplatte oder der Harz mit seinem Brocken. Umweltschutz ist Menschenschutz. Wir wissen, wovon wir reden.

6 Mit dem Vollzug der deutschen Einigung wachsen nicht nur zwei Staaten zusammen. Durch die Auflösung der zentralistisch gesteuerten DDR entstehen auf diesem Gebiet gleichzeitig fünf neue Bundesländer. Sie knüpfen an die große föderative Tradition in Deutschland an, die lange bei uns unterdrückt wurde. Sachsen und Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sowie Mecklenburg-Vorpommern, mit diesen Namen verbindet sich ein Stück deutsche Geschichte und für die Menschen, die dort leben, das Gefühl der Heimat.

Dieser Wandel in der Grundstruktur schafft viele Übergangsprobleme, die es zu lösen gilt. Zur Überbrückung dieser Probleme sieht der Vertrag sinnvolle und konstruktive Regelungen vor.

7 Mit ihrem Variationsreichtum gehört die Kultur zu unseren elementaren Lebensnotwendigkeiten. Ihr Fortbestand, ihre Pflege und Förderung bedeutet für die Menschen ein Stück Selbstachtung. Der Vertrag legt fest, daß die geerbte und neu entstandene kulturelle Substanz auf dem Gebiet der früheren DDR keinen Schaden nehmen darf.

Das Fortgelten der Ausbildungsabschlüsse und deren gleichberechtigte Bewertung ist nicht nur für die Bürger der ehemaligen DDR von großer psychologischer Bedeutung, sondern schafft die besten Voraussetzungen für ihre Integration in ein gemeinsames Deutschland.

Ein großer Erfolg

Mit der Übernahme der Förderungspraxis für Wissenschaft und Forschung ist erreicht, daß die Freiheit der Wissenschaften künftig garantiert ist und Wissenschaft und Forschung in ihrer gesamten Bandbreite dem internationalen Standard gerecht werden können.

Nur ein Einigungsvertrag konnte sicherstellen, daß die festgelegten Rechte von jedem der fünf Länder der heutigen DDR auch noch dann geltend gemacht werden können, wenn es die DDR nicht mehr geben wird.

Der Einigungsvertrag ist ein großer Erfolg für das künftige geeinte Deutschland. Dadurch, daß er von den Regierungen und Parteien gemeinsam erstritten wurde, ist er auch ein Erfolg für die Demokratie.

Den beiden Verhandlungsdelegationen und ihren Leitern, Herrn Bundesminister

Dr. Wolfgang Schäuble und Herrn Staatssekretär Dr. Günther Krause, sowie allen Beteiligten möchte ich im Namen der Bürgerinnen und Bürger der DDR ganz herzlich für die harte Arbeit danken. Was Sie in den letzten Wochen geleistet haben, war vorbildlich. Aufgrund der konsequenten und verantwortungsbewußten Verhandlungsführung von Günther Krause wurde erreicht, was für die Menschen in der DDR wichtig ist. Für die Bewältigung der Umstellungsprobleme, die sich den Menschen stellen, ist umfassend Vorsorge getroffen.

Ich danke auch all denjenigen, die besonders in den schwierigen Phasen der Verhandlungen durch die Bereitschaft zum Konsens und zum Kompromiß den Erfolg mit herbeigeführt haben. Ich möchte ausdrücklich auch den vielen Helfern danken, die „in rasendem Tempo" die inhaltlichen und technischen Zuarbeiten geleistet haben. Ohne sie wäre das Werk nicht so schnell zustande gekommen.

Auf dem richtigen Weg

Manche in unserem Land sind unzufrieden, weil ihnen die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nicht schnell genug geht. Sie hatten, allen Einschätzungen und Voraussagen zum Trotz, geglaubt, bereits wenige Tage nach der Währungsunion sei in dem Gebiet der DDR alles wie im Westen.

Diese Rechnung konnte angesichts der Lage und im Hinblick auf 40 Jahre sozialistischer Mißwirtschaft nicht aufgehen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, mit denen wir zur Zeit zu kämpfen haben, sind nicht das Ergebnis von 143 Tagen sozialer Marktwirtschaft, sondern das Relikt von rund 15 000 Tagen sozialistischer Planwirtschaft.

Auch nach dem Einigungsvertrag werden sich nicht sofort alle Blütenträume verwirklichen. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. Die Zukunftsperspektiven sind realistisch und so günstig, wie sie es noch nie seit Ende des Krieges waren. Das sollten wir nicht vergessen.

Wir sollten immer wieder Zufriedenheit darüber empfinden, daß wir das alte System hinter uns haben, dessen Kennzeichen Mauer und Schießbefehl, Staatssicherheit und Menschenhandel, Mangel an Privilegien, Reiseverbot, Gängelung und Fremdbestimmung eines jeden einzelnen waren. Bei aller Hilfe, die wir empfangen, müssen wir uns auf unsere eigenen Kräfte besinnen. Die Verwirklichung von Freiheit und Demokratie sollte nicht von Kassandrarufen überdeckt werden.

Ich hoffe, daß der Einigungsvertrag mit großer Mehrheit in den beiden Parlamenten gebilligt wird. Wenn er von einer breiten Basis getragen wird, dient er dem Rechtsfrieden im geeinten Deutschland.

Sondermarken zum Tag der deutschen Einheit

Zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober bringt die Deutsche Bundespost zwei motivgleiche Sondermarken heraus. Sie zeigen auf weißem Grund den Text „Deutsche Einheit" sowie die Farben Schwarz-Rot-Gold. Die Portostufen: 50 Pf im Bereich der ehemaligen DDR, eine Mark im Bundesgebiet.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein Dokument von höchster historischer Tragweite

In Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP hat das Bundeskabinett am 31. August seine Zustimmung zu dem Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gegeben.

Der Bundeskanzler hat dieses Vertragswerk als ein Dokument von höchster historischer Tragweite bezeichnet und allen daran Beteiligten, an der Spitze Bundesinnenminister Schäuble, für ihre unermüdliche Arbeit daran gedankt. Dieser Dank erstrecke sich auf alle Beamten und Mitarbeiter, die in den vergangenen Wochen eine gewaltige Arbeit geleistet hätten.

Der Kanzler hat in diesen Dank auch ausdrücklich die Fraktions- und Parteivorsitzenden mit ihren Mitarbeitern eingeschlossen. Der Einigungsvertrag sei eine große Hoffnung für die Bürger und verantwortlichen Politiker auf allen Ebenen in der DDR.

Kommentare

Es ist geschafft

Die Einigung ist perfekt, die Freude groß, den Unterhändlern gebührt der Dank der Nation. Was am 3. Oktober zum alt-neuen staatlichen Gehäuse aller Deutschen zusammenwachsen wird, braucht weder eine neue Verfassung noch einen neuen Namen, noch irgendwelche Volksabstimmungen. Das Volk hat den Weg zur Einheit unmißverständlich gewiesen.

Der Einigungsvertrag regelt nicht das Zusammenleben zweier Lebensordnungen, sondern legt die Grundlage zu ihrer Verschmelzung: Vom 3. Oktober an gilt das Grundgesetz, gilt im wesentlichen die Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung der alten Bundesrepublik auch für den ehemals „anderen Teil Deutschlands". Die Ausnahmen und Vorbehalte, die der Vertrag formuliert, sind zeitlich begrenzt. Rechtssicherheit kehrt nun drüben ein, funktionsfähige Behörden und Gerichte sind kein Fernziel mehr, sondern dringliche Aufgabe deutscher Innenpolitik. Der Vertrag wird noch in manchen Punkten ausfüllungsbedürftig sein, aber der Rahmen, den er für die Einheit bietet, ist solide. Alles andere kann getrost den Entscheidungen eines künftigen gesamtdeutschen Parlaments überlassen werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Stolzer Erfolg für die Politiker

Mag das Ringen auch mühselig und zäh gewesen sein, für Deutschland hat es sich gelohnt. Die Wiedervereinigung auf der Basis des Einigungsvertrages erspart langwierige Gesetzgebungswege und schafft schnell Voraussetzungen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gesundung der Noch-DDR. Zudem übersehen viele Beobachter, zumal wenn sie wie Politiker und auch Jounalisten so nahe am Geschehen dran sind, wie schnell und wie gewaltlos sich der Umschwung vollzogen hat.

Daß in weniger als einem Jahr die Wiedervereinigung vollzogen sein würde, hätte beim Fall der Mauer am 9. November 1989 niemand für möglich gehalten. Daß es jetzt dennoch gelingt, ist ein stolzer Erfolg für die Politiker der Regierung und der Opposition in Bonn und in Berlin.

Deutsche Welle

Das große Ziel lohnt den Einsatz

Jetzt gilt es, die Regelungen, die auf Hunderten von Seiten Papier festgehalten worden sind, in die Tat umzusetzen. Das erfordert Umsicht, Rücksicht und wird auch ohne Opfer und Entbehrungen nicht machbar sein. Doch das große Ziel, die Wiedervereinigung der Deutschen in einem demokratisch verfaßten Rechtsstaat, lohnt den uneingeschränkten Einsatz aller.

Westfälische Nachrichten

Solide Grundlage

Das Plus des Einigungsvertrages ist der große Konsens, mit dem er verabschiedet werden kann. Er legt solide Grundlagen und schafft Rechtssicherheit für den weiteren Prozeß des Zusammenwachsens der Deutschen. **Bremer Nachrichten**

Die Einheit ist besiegelt

In 33 Tagen gibt es keine DDR mehr. Auf 1.000 Seiten ist die Zukunft Deutschlands jetzt bis ins Detail schwarz auf weiß festgeschrieben. Damit kann den Menschen in der DDR nach dem 3. Oktober die Angst vor dem freien Fall ins Nichts genommen werden. Mit dem Vertrag sind die Voraussetzungen geschaffen, daß die Einheit in geordneten Bahnen vollzogen werden kann. **Rhein-Neckar-Zeitung**

Gesicherte Ergebnisse

Nur ein Einigungsvertrag konnte sichern, daß in den Einigungsprozeß auch das einfließt, „was den Menschen in der DDR wichtig ist": Gesicherte Ergebnisse der Bodenreform, Klarheit in der Eigentumsfrage, Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse der DDR-Bürger usw. Damit hat Lothar de Maizière sein Versprechen in der Regierungserklärung Ende April, das Credo seiner kurz bemessenen Regierungszeit, eingelöst: Die Einheit muß im Wunsch der Menschen und nicht in Interessen von Regierungen begründet sein.

Thüringische Landeszeitung

Volker Rühe:

Die letzte Hürde ist genommen

Mit dem Einigungsvertrag ist die letzte Hürde auf dem Weg zur deutschen Einheit genommen. Er ist das sichere Fundament für die gemeinsame Zukunft aller Deutschen.

Alle wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen sind geklärt. Besonders wichtig ist, daß Klarheit für die Investoren geschaffen wurde. Jetzt wird privates Kapital für die Sanierung der DDR mobilisiert, das mit dazu beiträgt, daß Steuererhöhungen nicht notwendig werden.

In den intensiven Verhandlungen ist es der Koalition aus CDU/CSU und FDP gelungen, die SPD von ihrer Verweigerungshaltung abzubringen. Der Versuch Lafontaines, die Diskussion um den Einigungsvertrag aus wahltaktischen Gründen auf einzelne Themen zu verengen und damit vom Erfolg der Bundesregierung abzulenken, ist gescheitert.

„... in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet“

Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR regelt in 45 Artikeln und auf rund 1000 Seiten Anlagen die mit dem Beitritt der DDR verbundenen Fragen bis ins Detail, von der Hauptstadtfrage bis zur Sportförderung. Die Verhandlungen hatten am 6. Juli in Ost-Berlin begonnen und waren erst in der Nacht zum 31. August in Bonn abgeschlossen worden. Das Grundgesetz wird an sechs Stellen geändert. Für die Verabschiedung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit in den Parlamenten in Bonn und Ost-Berlin erforderlich.

In Artikel 1 wird die Bildung der DDR-Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen und ihr Beitritt zur Bundesrepublik auf den 3. Oktober festgelegt. In Artikel 2 heißt es: „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin“ und „Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag“. Über Parlaments- und Regierungssitz soll erst später entschieden werden.

Mit Artikel 3 wird das Grundgesetz zum 3. Oktober in den fünf DDR-Ländern und in Ost-Berlin in Kraft gesetzt. Artikel 4 legt gleichzeitig in Kraft tretende Änderungen des Grundgesetzes fest.

Präambel

Die Präambel soll künftig lauten: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner gesetzgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.“

Das Wichtigste aus dem Einigungsvertrag

Bundesrat

Der Grundgesetzartikel 23, in dem es bisher hieß: „In anderen Teilen Deutschlands ist es (das Grundgesetz) nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“, wird aufgehoben. Artikel 51 des Grundgesetzes wird so geändert, daß Bundesländer mit mehr als sieben Millionen Einwohnern — derzeit sind das Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern — eine Stimme mehr im Bundesrat erhalten als nach bisherigem Recht. Ein

neu ins Grundgesetz eingefügter Artikel 143 bestimmt, daß das Recht auf dem DDR-Gebiet längstens bis Ende 1995 von Bestimmungen des Grundgesetzes abweichen kann und bestimmte Enteignungen nicht rückgängig gemacht werden.

Artikel 146 des Grundgesetzes soll künftig lauten: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine neue Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Steuern

Artikel 7 des Einigungsvertrages regelt die vorläufige Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern und die Verwendung der Mittel aus dem Fonds Deutsche Einheit. Über dieses Thema war zwischen Bund und Ländern lange gestritten worden. Nach Artikel 9 gilt bisheriges DDR-Recht teilweise als Landesrecht der neuen Länder weiter. Die Ost-Berliner müssen allerdings vom 3. Oktober an Kirchensteuer wie in der Bundesrepublik bezahlen. Mit Artikel 10 wird das gesamte EG-Recht für die DDR übernommen. Artikel 12 regelt den Umgang mit völkerrechtlichen Verträgen der DDR.

Gesamt-Berlin wird nach Artikel 16 des Einigungsvertrages bis zur ersten gesamtberliner Wahl am 2. Dezember vom West-Berliner Senat und dem Ost-Berliner Magistrat gemeinsam regiert.

Artikel 17 legt fest, daß die „Opfer des SED-Unrechts-Regimes" rehabilitiert und angemessen entschädigt werden. Nach Artikel 18 bleiben Entscheidungen der DDR-Gerichte wirksam und vollstreckbar. Sie können nur gerichtlich angefochten werden. Auch Verwaltungsakte aus der Zeit vor dem Beitritt bleiben wirksam, sofern sie mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen der Bundesrepublik vereinbar sind.

Öffentlicher Dienst

Artikel 20 betrifft den öffentlichen Dienst. Auch in der DDR sollen hoheitliche Aufgaben „sobald wie möglich" von Beamten wahrgenommen werden. Angehörige des öffentlichen Dienstes, die nicht übernommen werden, erhalten nach einem Anhang zum Vertrag für sechs oder — wenn sie älter als 50 Jahre sind — für neun Monate ein Übergangsgeld.

Vermögen der DDR

In den folgenden Artikeln geht es um das Vermögen der DDR, das zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt wird. Die Schulden des DDR-Staatshaushaltes sollen zunächst auf ein Sondervermögen des Bundes übergeben und Anfang 1994 je zur Hälfte vom Bund und den DDR-Ländern einschließlich Berlin übernommen werden. Die Erlöse aus der Privatisierung des volkseigenen Besitzes durch die DDR-Treuhandanstalt sollen allein zugunsten von Maßnahmen in der DDR verwendet werden.

Die Möglichkeit, DDR-Sparer einen Nachschlag für die Umstellung ihrer Guthaben zum Kurs von zwei zu eins zu geben, soll später noch einmal geprüft werden. Artikel 26 und 27 legen fest, daß Eigentum und Vermögen der Reichsbahn und der DDR-Post auf den Bund übergehen. Die regionale Wirtschaftsförderung des Bundes wird nach Artikel 28 auf das gesamte DDR-Gebiet ausgedehnt.

In Artikel 29 heißt es, die bisherigen Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, insbesondere mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, „genießen Vertrauensschutz" und sollen „fortentwickelt und ausgebaut" werden.

Schutz des vorgeburtlichen Lebens

Die den Schwangerschaftsabbruch betreffenden Regelungen im Entwurf des Einigungsvertrages haben folgenden Wortlaut:

„Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, spätestens bis zum 31. Dezember 1992 eine Regelung zu treffen, die den Schutz des vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen vor allem durch rechtlich gesicherte Ansprüche der Frauen insbesondere auf Beratung und soziale Hilfen besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands derzeit der Fall ist. Zur Verwirklichung dieser Ziele wird zunächst in dem in Artikel 3 genannten Gebiet (= Bereich der jetzigen DDR) mit finanzieller Hilfe des Bundes unverzüglich ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen verschiedener Träger aufgebaut. Die Beratungsstellen sind personell und finanziell so auszustatten, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden können, schwangere Frauen zu beraten und ihnen notwendige Hilfen — auch über den Zeitpunkt der Geburt hinaus — zu leisten. Kommt eine Regelung der in Satz 1 genannten Frist nicht zustande, gilt das materielle Strafrecht in dem in Artikel 3 genannten Gebiet weiter."

Arbeitsrecht

Artikel 30 behandelt unter anderem das Arbeitsrecht. Es soll möglichst bald einheitlich neu gestaltet werden. Auch Übergangsregelungen für den Rentenbezug in der DDR werden in diesem Artikel festgelegt. Mit Artikel 31 verpflichtet sich der Bund, sich an den Kosten der Kinderbetreuung in der DDR bis Mitte 1991 zu beteiligen. Artikel 33 fordert von der Pharmaindustrie niedrigere Preise in der DDR. Nach Artikel 34 sollen Programme für die Sanierung der Umwelt aufgestellt werden.

In Artikel 35 heißt es, die „kulturelle Substanz" der DDR „darf keinen Schaden nehmen". Bisher zentral geleitete kulturelle Einrichtungen sollen in die Trägerschaft der Länder und Kommunen übergehen. Der DDR-Kulturfonds soll bis Ende 1994 weitergeführt werden. Für den „Rundfunk der DDR" und den „Deutschen Fernsehfunk" gibt es durch Artikel 36 einen Bestandsschutz bis Ende 1991.

Schulwesen

Schul- und Berufsabschlüsse behalten nach Artikel 37 auf dem Gebiet der DDR ihre Gültigkeit. In der DDR erworbene akademische Titel dürfen weiter geführt werden. Das Schulwesen soll von den Kultusministern der Länder neu gestaltet werden. Leistungsfähige wissenschaftliche Einrichtungen der DDR sollen gemäß Artikel 38 erhalten bleiben. Die Strukturen des DDR-Sports sollen auf Selbstverwaltung umgestellt werden. Der Spitzensport der DDR soll — „soweit er sich bewährt hat" — weiter gefördert werden. So steht es in Artikel 39.

Artikel 42 regelt, daß die Volkskammer für die Zeit bis zur Neuwahl des gesamtdeutschen Parlamentes 144 voll stimmberechtigte Abgeordnete in den Bundestag entsendet. Im Schlußartikel 45 heißt es: „Der Vertrag bleibt nach dem Wirksamwerden des Beitritts als Bundesrecht geltendes Recht." ■

Solidarität ist jetzt eine patriotische Pflicht

Im Juli waren 272 000 Arbeitnehmer in der DDR arbeitslos. 656 000 waren in Kurzarbeit. Je schneller der Umbau der Wirtschaft, um so kürzer die Arbeitslosigkeit. Umbau kann nicht nur Systemumstellung und Ausstattungsveränderung bedeuten. Veränderung wird auch von den Menschen verlangt. Umschulung und Fortbildung sind ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung, die die Quelle des Wohlstandes ist, den wir allen Bürgern in Deutschland wünschen.

Schon am 2. Juli, am ersten Werktag der Sozialunion, haben wir zusammen mit den Sozialpartnern der Bundesrepublik Deutschland und dem Arbeitsministerium der DDR einen Qualifizierungskongreß in Berlin durchgeführt. Über 3 000 Teilnehmer aus der DDR haben ihr großes Interesse gezeigt. 150 Millionen Mark stellten wir für Schulungen, Informationen und Modelle in allen Sozialbereichen zur Verfügung — allein für die Infrastruktur der beruflichen Qualifizierung 80 Millionen Mark. Die Umsetzung läuft auf vollen Touren.

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg stellt 600 Mitarbeiter zur Verfügung, um den Aufbau einer modernen Arbeitsmarktpolitik in der DDR zu forcieren. Ich möchte allen danken, die beim Aufbau der DDR helfen. Geld allein hilft nicht. Zwei Milliarden Mark Anschubfinanzierung und zwei Milliarden Mark Betriebsmittelkredite stehen zur Verfügung. Und es bleibt die Defizithaftung des Staates. Solange dies nicht Deutschland ist, steht der DDR-Haushalt in dieser Haftung. Jeder muß seine Hausaufgaben erfüllen. Die Beiträge müssen eingenommen werden. Kein Tag darf dabei verlorengehen. Die Sozialpolitik beginnt nicht erst beim Ausgeben.

Solidarität ist jetzt eine patriotische Pflicht. Deshalb sind Investitionen der westdeutschen Wirtschaft gefragt.

Dies ist jetzt nicht die Stunde für kleinliche Buchhalter, sondern für Unternehmer

Von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm

mit Mut. Wir werden zusammen auch die wirtschaftlichen Gewinner der deutschen Einheit sein. Denn die Chancen des Wohlstandes sind größer als die Risiken des Augenblicks.

Niemand hat den Bürgern in der DDR versprochen, Wohlstand würde vom Himmel fallen. Er muß hart erarbeitet werden. Soziale Marktwirtschaft ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir haben bei der Gestaltung der Sozialunion nichts geschaffen, was Investitionen hemmt.

Weder die Bestimmungen über Sozialpläne noch die Mitbestimmung, weder das spezielle Kurzarbeitergeld in der DDR noch die Bestimmung, daß die Übernahme eines Betriebes allein kein Kündigungsgrund für die Beschäftigten sein kann, konnten objektiv auch nur eine einzige Investitionsentscheidung beeinflussen oder verhindern. Ein Sozialplan, der das Überleben eines Betriebes gefähr-

Nach dem Beitritt der DDR am 3. Oktober:

Die Bundeswehr wird zur Armee aller Deutschen

Zum 1. Oktober dieses Jahres werden junge Wehrpflichtige in der DDR noch einmal in Standorte der Nationalen Volksarmee (NVA) einberufen. Es wird das letzte Mal sein, denn mit dem Tag der Einheit existiert die NVA nicht mehr.

Dann beginnt der schwierige Prozeß der Eingliederung einer anders strukturierten Armee in die Bundeswehr. Die große Aufgabe besteht darin, Soldaten der Bundeswehr und der NVA zu einer Armee zusammenzuschmieden.

Um die Einheit in Freiheit auch in der Armee zu verwirklichen, werden Ungleichgewichte in Ausbildung, Ausrüstung und Sold abgebaut. Soldaten wie Wehrpflichtige haben Anspruch auf gleiche Behandlung, egal ob sie aus Leipzig oder aus Stuttgart kommen.

Karl-Heinz Hornhues, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Deshalb ist es zu begrüßen, daß nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands die Soldaten aus den ehemals getrennten Teilen unseres Landes auch in den Kasernen zusammenkommen werden.

Chancengleichheit für alle

Junge Wehrpflichtige, die auf dem Territorium der ehemaligen DDR leben, werden nach dem 3. Oktober auch in West-Standorten untergebracht und umgekehrt, damit der Dienst gemeinsam abgeleistet wird.

Solche Maßnahmen kürzen den schwierigen Prozeß der Integration ab und beschleunigen das Zusammenwachsen. Wenn in der neuen Bundeswehr Chancengleichheit für alle Soldaten besteht, wird sie rasch zur Armee aller Deutschen werden. ■

det, wäre rechtswidrig — das gilt bei uns wie in der DDR.

Die Phantasie der Sozialpolitik in der DDR darf sich nicht nur auf Ausgaben konzentrieren. Wir können die Arbeitsteilung nicht akzeptieren: Die einen haben die Regelungs-, die anderen die Finanzierungskompetenz. Denn Lohnnebenkosten entscheiden auch über die Chancen des Mittelstandes im anderen Teil Deutschlands. Am Ende dieses Entwicklungsprozesses können nur einheitliche Regelungen in allen Teilen Deutschlands stehen. Alles andere sind nur Regelungen für Überganszeiten. Im allgemeinen Jammern dürfen jedoch nicht die Zeichen der Besserung übersehen werden.

Ich bin sicher, für die Geschichtsbücher späterer Jahre werden die Detailprobleme, die wir jetzt zu meistern haben, nur in den Anmerkungen erscheinen. Historisch wird bleiben, daß in Deutschland eine friedliche Revolution Freiheit geschaffen hat. ■

Volker Rühe über das SPD-Programm:

Unsicher und unsolide

Der von Lafontaine geforderte ökologische Umbau der Gesellschaft paßt ebensowenig wie der SPD-Kanzlerkandidat selbst in diese Zeit der Vereinigung Deutschlands.

Die SPD hechelt weiter der Politik der Bundesregierung hinterher, die längst ökologische wie ökonomische Notwendigkeiten erkannt und miteinander verbunden hat.

Die Finanzierung des von Lafontaine geforderten „Öko-Staates" ist unsicher und unsolide. Die SPD will mehr staatlichen Einfluß und höhere Abgaben und Steuern. Damit knebelt sie die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft und verschlechtert vor allem die Chancen der Menschen in der DDR, die besonders unter der von Lafontaine geforderten Verteuerung der Energiepreise leiden würden.

Lafontaine und die SPD denken noch immer nicht gesamtdeutsch. Die Menschen wollen heute keine grün angehauchten Phantastereien. Sie wollen, daß die Übergangsprobleme im vereinten Deutschland möglichst schnell, möglichst sicher und möglichst ohne allzu große Belastungen gelöst werden.

Die Bundesregierung hat bereits Investitionsförderungen und Strukturprogramme auf den Weg gebracht. Das ist eine solide Politik für ganz Deutschland, zu der die SPD keine Alternative hat.

Lafontaines Botschaft: Kontur- und profillos

Mit Oskar Lafontaine zurück ins Kanzleramt — hinter diesem Anspruch der SPD stehen heute mehr Frage- als Ausrufezeichen. Eine der tiefsten Ursachen hierfür liegen in ihrem Kandidaten, von dessen Bild eines Erfolgsmenschen sich langsam der Hochglanz verflüchtigt. Der sozialdemokratische Serienheld und Wahlsieger von der Saar entzaubert sich mit jedem Tag mehr, und Charme und Charisma lenken nicht mehr von den Defiziten ab, die erkennbar werden.

Lafontaine hat sich mit seinem sogenannten 100-Punkte-Programm nun wieder in den Wahlkampf zurückgemeldet. Wie wir wissen, sind solche „Warenhauskataloge" — gleichviel aus welcher Parteiküche — kaum wahlentscheidend. Wichtiger als Detailfragen sind und bleiben jedoch die Botschaften, die dem Herausforderer und dem Amtsinhaber selbst eigen sind; und hier bleibt Lafontaine seltsam kontur- und profillos. Seine Witterung für das Populäre läßt ihn zwar jedes Thema aufschnappen, ohne jedoch den Eindruck zu vermitteln, es ginge ihm um mehr als provozierende Schlagzeilen.

Ob fahrlässig oder berechnend, man weiß es nicht, vermittelt jedenfalls Lafontaine schon heute den Eindruck, daß er die ganze Geschichte am liebsten vom Halse hätte. Aber diesmal könnte es nun wirklich sein, daß sein im Grunde brennender Ehrgeiz ihm einen Streich gespielt hat, als er sich entschied, von der Saar das Kanzleramt zu erobern. **Bayerischer Rundfunk**

Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit sind nicht erforderlich

Ausgangslage

In dem bevorstehenden Wahlkampf zur ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 1990 werden die Sozialdemokraten in den Bereichen Kosten der deutschen Einheit, Kreditaufnahme und Verschuldung keine Gelegenheit auslassen, um diese Themen in demagogischer und polemischer Weise zu diskutieren. Die Union kann dieser Diskussion mit Gelassenheit entgegensehen und ihre solide Haushalts- und Steuerpolitik offen und argumentativ vertreten.

Wir sollten auch nicht vergessen, die Sozialdemokraten immer wieder an ihre verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der 70er Jahre zu erinnern. Zum Ende der SPD-geführten Bundesregierung im Jahre 1982 befand sich die Bundesrepublik Deutschland in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte. Zur sachgerechten Würdigung des von der unionsgeführten Bundesregierung Erreichten gehört ein kurzer Rückblick:

- Das reale Bruttosozialprodukt stagnierte 1981 und 1982 schrumpfte es sogar um 1 v. H. Der Anteil der realen Anlageinvestitionen am Sozialprodukt war von 25,7 v. H. 1970 auf 20,6 v. H. 1982 gesunken.

- Die Arbeitslosigkeit war stark angestiegen, von 119 000 im November 1969 auf über 2 Millionen im November 1982; allein in den Jahren 1981 und 1982 hatte die Arbeitslosenzahl um knapp 1 Million zugenommen. In den Jahren 1981 und 1982 wurden 350 000 Arbeitsplätze vernichtet.

- Die Inflationsrate lag seit 1980 ständig über 5 v. H., 1981 sogar bei 6,3 v. H. Hierdurch wurden Lohnsteigerungen, Rentenerhöhungen und Sparguthaben aufgezehrt. Inflation ist die unsozialste Politik.

- Die öffentlichen Finanzen waren ruiniert, allein im Bundeshaushalt 1983 drohte eine Finanzierungslücke von 50 Mrd. DM. Der Staatsanteil explodierte von 39 v. H. 1969 auf fast 50 v. H. 1982,

Argumentationspapier zur Haushaltspolitik

die Steuer- und Abgabenbelastung im gleichen Zeitraum von 37,4 v. H. auf 42,5 v. H. Hierdurch wurden Risikofreude, Leistungsbereitschaft und Flexibilität verdrängt.

- Auch die sozialen Sicherungssysteme befanden sich in einer schweren Finanzkrise. Noch 1974 verfügte die Rentenversicherung über eine Schwankungsreserve von 44 Mrd. DM (= 8½ Monatsausgaben), 1982 waren es nur noch 20 Mrd. DM (= 2 Monatsausgaben), obwohl mehrfach die Rentenversicherungsbeiträge erhöht wurden, fällige Rentenan-

passungen kurzerhand verschoben und Rentenanpassungen zeitweilig von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt wurden.

● Die Zinsen waren auf über 11 v. H. im Herbst 1981 angestiegen.

Finanzpolitik seit Herbst 1982

Die Finanzpolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung, die durch Konsolidierung, Verringerung des Staatsanteils sowie durch Steuersenkungen für Bürger und Wirtschaft gekennzeichnet ist, hat die Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft deutlich verbessert, den Wohlstand der Bürger erhöht und die Selbstfinanzierungskräfte der Sozialen Marktwirtschaft gestärkt.

Die Erfolge dieser Politik sind für jedermann sichtbar:

1 Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik verfügt wieder über eine hervorragende Konstitution und Vitalität und befindet sich im achten Jahr der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Von 1982 bis 1989 ist das reale Bruttosozialprodukt um über 20 v. H. gewachsen, 1990 wird es um weitere 4 v. H. steigen und für 1991 gehen alle Prognosen von einem weiteren realen Wirtschaftswachstum für das bisherige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von 3½ v. H. aus. Über die wirtschaftliche Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland lassen sich derzeit noch keine quantitativen Aussagen machen. Auf mittlere Sicht wird auch die Wirtschaft in der (noch) DDR kräftige Dynamik entwickeln.

2 Zu einem dynamischen Konjunktur- und Wachstumsmotor haben sich die realen volkswirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen entwickelt. Sie sind von 1982 bis 1989 um fast 50 v. H. gestiegen und erreichten 1989 mit 9,6 v. H. den höchsten Anteil am Sozialprodukt seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

3 Seit Mitte 1983 sind über 2 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden, allein über 600 000 binnen Jahresfrist. Die Arbeitslosigkeit ist trotz des gestiegenen Arbeitskräfteangebots weiter zurückgegangen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gegenüber 1982 halbiert, die Kurzarbeit spielt heute gesamtwirtschaftlich keine Rolle mehr und der Anstieg der offenen Stellen setzt sich fort.

4 Der Staatsanteil konnte durch die konsequente Ausgabenpolitik seit 1982 auf unter 45 v. H. 1989 gesenkt werden, nachdem die SPD ihn von 39 v. H. 1969 auf fast 50 v. H. 1982 dramatisch erhöht hatte. Wäre beispielsweise 1989 der Staatsanteil noch so hoch gewesen wie 1982, so wären allein im vergangenen Jahr über 110 Mrd. DM mehr durch die öffentlichen Hände verausgabt worden. Die Verringerung des Staatsanteils ist der ordnungspolitische Kern unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

5 Diese Politik hat zu nachhaltigen Verbesserungen für breite Bevölkerungsschichten geführt. Von 1982 bis 1989 sind die real verfügbaren Einkommen um über 16 v. H. gewachsen. Für 1990 werden sie — nicht zuletzt durch die 3. Stufe der Steuersenkungspolitik in Höhe von 24 Mrd. DM — um weitere 4 bis 4½ v. H. wachsen. Dank der Steuerreform 1986/1988/1990 mit einem Gesamtvolumen von 50 Mrd. DM wird die Steuerquote 1990 mit 22½ v. H. den niedrigsten Stand seit 30 Jahren haben.

6 Im Bundeshaushalt selbst sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren

deutlich geringer gewachsen als die gesamtwirtschaftliche Leistung. Die Ausgaben des Bundes sind in den Jahren 1982 bis 1990 (Soll einschließlich 1. und 2. Nachtrag) mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von rd. 3 v. H. wesentlich schwächer gestiegen als das Bruttosozialprodukt, das in dieser Zeit um durchschnittlich jährlich rd. 5½ v. H. zunahm. Dies ist der gravierende Unterschied zur überbordenden Ausgabenpolitik der 70er Jahre, als die Bundesausgaben im Jahresdurchschnitt mit rd. 9 v. H. wuchsen und damit deutlich über die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung von durchschnittlich jährlich 7½ v. H. hinausgingen.

Wie sehr sich die Wirtschafts- und Finanzentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland heute von der vor acht Jahren unterscheidet, läßt sich an wenigen Zahlen sehr konkret ablesen:

Nettokreditaufnahme/ Verschuldung

In den letzten Wochen haben Sozialdemokraten es wieder gewagt, das Wort „Verschuldung" polemisch in die Öffentlichkeit zu tragen. Dabei war die unsinnige Behauptung „Einheit auf Pump" der Gipfel der Demagogie. Die SPD ist an folgende Fakten zu erinnern:

1. Unter Regierungsverantwortung der SPD wurde der Staatsanteil von 39 v. H. 1969 auf fast 50 v. H. 1982 ausgedehnt. Obwohl die Steuer- und Abgabenbelastung von Bürgern und Wirtschaft von 37,4 v. H. 1969 auf 42,5 v. H. 1982 stark anstieg, kam die SPD mit dem Geld nicht aus, es begann der Marsch in die Verschuldung.

2. Von 1969 bis 1982 erhöhte sich allein der Schuldenstand des Bundes von 45,2 Mrd. DM 1969 auf 308,5 Mrd. DM 1982.

Bezeichnung	Einheit	1981	1982	1989	1990
		SPD-geführte Bundesregierung		CDU/CSU-geführte Bundesregierung	
Zunahme des realen BSP	v. H.	0,0	—1,0	+4,0	+4
dar.: Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen	v. H.	—4,3	—6,7	+9,7	+10
Zunahme der Erwerbstätigen	1000	—29	—321	+374	+600
Zunahme der Arbeitslosen	1000	+383	+561	—204	—90
Zunahme der Lebenshaltungskosten	v. H.	+6,3	+5,2	+2,8	+2,5
Leistungsbilanz[1])	Mrd. DM	—8,0	+12,4	+104,1	+90
Zunahme der real verfügbaren Einkommen	v. H.	+0,2	—2,1	+1,3	+4
Staatsanteil	v. H.	48,6	49,6	44,9	44
Anteil der Kreditaufnahme des Bundes am BSP	v. H.	2,4	2,3	0,8	1,3
Zinsen für Anleihen der öffentlichen Hand	v. H.	10,4	9,0	7,0	9,0[2])

[1]) Defizit (—), Überschuß (+)
[2]) Juni 1990

Im Durchschnitt wuchs der Schuldenstand des Bundes zu SPD-Zeiten jährlich um rund 16 v. H. Der Schuldenstand aller Bundesländer nahm in diesem Zeitraum mit jahresdurchschnittlich 16,5 v. H. etwas stärker zu als beim Bund. Hierzu hat vor allem das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen beigetragen. In diesem Bundesland stellte sich die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des Schuldenstandes von 1969 bis 1982 auf sage und schreibe 24,2 v. H.

Höhere Produktion

Eine repräsentative Umfrage der Deutschen Bundesbank bei 140 Betrieben in der DDR mit über 200 000 Mitarbeitern hat ergeben, daß ein Drittel der befragten Firmen eine höhere Produktion erwartet.

3. Wir zahlen in den Jahren 1983 bis 1990 rd. 210 Mrd. DM Zinsen für Schulden, die die SPD in den Jahren 1969 bis 1982 aufgenommen hat. Diese Summe entspricht dem Schuldenzuwachs von Ende 1982 bis 1990, d. h., ohne die Altlasten der Verschuldung hätten keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen.

Natürlich kostet die Einheit Geld, dies weiß jeder. Zur Dramatisierung besteht aber überhaupt kein Anlaß. Die wichtigste Finanzierungsquelle der deutschen Einheit ist das Wachstum. Die wachstumsbedingten Steuermehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik belaufen sich nach der Steuerschätzung vom Mai 1990 für die Jahre 1990 bis 1993 auf rund 115 Mrd. DM.

Der Einigungsprozeß wird für eine Übergangszeit eine erhöhte Inanspruchnahme der Kreditmärkte erforderlich machen. Dies ist durchaus vertretbar. Folgende Fakten dürfen nicht übersehen werden:

- Das Aufkommen am deutschen Kapitalmarkt lag 1989 bei 280 Mrd. DM.
- Der Nettokapitalexport belief sich 1989 auf über 120 Mrd. DM.
- Die Eigenfinanzierungsquote der Bruttoinvestitionen der Unternehmen liegt derzeit mit rund 80 v. H. sehr hoch.
- Die Kredite dienen der Vorfinanzierung zusätzlichen Wachstums und künftig höheren Einnahmen.

Der Nettokreditbedarf von Bund, Ländern und Gemeinden zum einen sowie Fonds „Deutsche Einheit", ursprünglicher DDR-Staatshaushalt und Treuhandanstalt zum anderen dürfte sich für 1991 auf gut 100 Mrd. DM belaufen. Setzt man diesen Kapitalbedarf in Beziehung zum voraussichtlichen Bruttosozialprodukt (Bundesrepublik plus 10 v. H. für DDR), so ergibt sich ein Anteil von 3½ v. H. In den Jahren 1975, 1981 und 1982, als die SPD in Bonn Regierungsverantwortung trug und von der Einheit Deutschlands keine Rede war, lag diese Relation bei 6,2 v. H. 1975, 4,9 v. H. 1981 und 4,4 v. H. 1982.

Bei weiterhin anhaltender Wirtschaftsdynamik und konsequenter Ausgabenpolitik sind Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit nicht erforderlich. Sie wären das falsche Mittel in einer Zeit, in der die Leistungs- und Investitionsbereitschaft der Wirtschaft weiter gestärkt werden muß. Steuererhöhungen würden neue Begehrlichkeiten wecken und die in der (noch) DDR vorhandenen Liquiditätsprobleme verschärfen und Kapital verschrecken.

Ausblick

Nach dem Beitritt der DDR am 3. Oktober hat die dann für Gesamtdeutschland Verantwortung tragende Bundesregie-

rung uneingeschränkten Zugriff auf alle Daten. Erst dann kann die Aufstellung eines ersten gesamtdeutschen Bundeshaushaltes in Angriff genommen werden. Eine ordnungsgemäße Beratung und Verabschiedung des ersten gesamtdeutschen Bundeshaushaltes bis zu den Wahlen am 2. Dezember 1990 ist nicht mehr möglich. Wenn die SPD dies heute lautstark wider besseren Wissens fordert, so ist daran zu erinnern, daß sie es in den 70er Jahren — mit einer Ausnahme — niemals geschafft hat, die Bundeshaushalte vor Beginn der Haushaltsjahre abschließend zu beraten und zu verkünden, während dies seit der Regierungsübernahme 1982 durch die Union regelmäßig der Fall war.

Die Wählerinnen und Wähler haben das Recht vor der Wahl zu erfahren, was in der nächsten Wahlperiode auf finanz-, haushalts- und steuerpolitischem Gebiet auf sie zukommt. Es ist deshalb richtig, daß die Bundesregierung unverzüglich nach dem Beitritt eine gesamtdeutsche Haushaltskonzeption als Eckwertebeschluß verabschiedet. Auf diese Weise wird die Öffentlichkeit über die finanzpolitischen Absichten der Bundesregierung für 1991 und die Zeit des Finanzplans über die geplanten Ausgaben und Einnahmen und der daraus sich ergebenden Höhe der Nettokreditaufnahme informiert.

Es wird deutlich werden,

- daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in 1991 bei stabilen Preisen fortsetzen wird,
- daß eine Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf das gesamtwirtschaftlich erlaubte Ausmaß ohne Steuererhöhungen erreicht werden kann,
- daß äußerste Sparsamkeit bei den Ausgaben oberste Richtschnur bleiben muß,
- daß die notwendigen Aufbaumaßnahmen in der DDR nur geleistet werden können, wenn manches bisher Vertraute im Tempo eingeschränkt wird,
- daß Besitzstände, die im geteilten Deutschland politisch vernünftig waren, im vereinten Deutschland ihre politische Begründung verloren haben. ■

Kommentar

Es geht aufwärts

Seit Wochen verbreiten Gysi und Co. miese Stimmung in der DDR. Mit Krokodilstränen jammern sie über steigende Arbeitslosenzahlen, hohe Preise, schlechte Versorgung, soziale Not. Schuld sei die brutale Marktwirtschaft.

Daß ihre SED die DDR in 40 Jahren Kommandowirtschaft in diese Pleite getrieben hat, verschweigen sie und ihr Parteiorgan „Neues Deutschland" natürlich beharrlich. Doch die Marktwirtschaft funktioniert, Gysi und Co. zum Trotz.

Georg Krupp, DDR-Experte im Vorstand der Deutschen Bank, stellt fest: Die DDR hat wirtschaftlich das rettende Ufer erreicht.

Und im DDR-Finanzministerium klingelt die Kasse: Die Steuereinahmen haben sich im August gegenüber Juli auf 2,2 Milliarden Mark verdreifacht.

Es geht also aufwärts. Gut für die DDR. Schlecht für die Gysis. **Bild**

Bank für Gemeinwirtschaft:

Die deutsche Einheit sorgt für weiterhin glänzende Konjunktur

In der Bundesrepublik setzt sich 1990 die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der vergangenen beiden Jahre mit unverminderter Dynamik fort. Für 1990 ist mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund vier Prozent zu rechnen. Dies schreibt die Bank für Gemeinwirtschaft in der neuesten Ausgabe ihrer Wirtschaftsblätter.

Die Antriebskräfte kommen in diesem Jahr — vor allem wegen der Belebung des privaten Verbrauchs — wieder stärker aus dem Inland. Die Auslandsnachfrage stabilisiert sich auf hohem Niveau. Vor allem als Folge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR tritt die für dieses Jahr und vor allem für 1991 erwartete Verlangsamung des Wachstumstempos nicht ein. Denn die wirtschaftliche Vereinigung beider deutscher Staaten wirkt wie ein stattliches Konjunkturprogramm von 40 bis 50 Milliarden Mark.

Investitionsdynamik ungebrochen

Die stärksten Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung kommen von der anhaltend lebhaften Investitionstätigkeit. Nach Schätzungen des Ifo-Instituts dürften die Industrieunternehmen ihre Investitionen wie im vergangenen Jahr real um rund 10 Prozent ausweiten.

Insbesondere Erweiterungsinvestitionen werden von den Firmen erwartet. Denn trotz verstärkter Produktion und deutlicher Ausweitung des Produktionspotentials haben in vielen Bereichen die Kapazitätsengpässe weiter zugenommen und sind die Lieferfristen angestiegen.

Die Bauinvestitionen dürften mit rund 5,5 Prozent ungefähr genauso stark wachsen wie im vergangenen Jahr (plus 5,3 Prozent). Mit einem Plus von gut 6 Prozent wächst der Wohnungsbau am stärksten. Auch vom Wirtschaftsbau kommen mit einem Zuwachs von etwa 5,5 Prozent kräftige Impulse: die Erweiterungsinvestitionen der Unternehmen sind in der Regel mit umfangreichen Baumaßnahmen verbunden.

Privater Verbrauch wieder Konjunkturmotor

Zu den Konjunkturmotoren gehört in diesem Jahr wieder der private Verbrauch. Er dürfte 1990 um 4 bis 4,5 Prozent zunehmen nach 1,7 Prozent im vergangenen Jahr und damit etwas stärker als das Bruttosozialprodukt.

Begünstigt wird die rege Konsumnachfrage vor allem von dem kräftigen Anstieg der verfügbaren Einkommen um nominal 7,5 bis 8 Prozent. Hierzu tragen nicht nur steuerliche Entlastungen von rund 25 Milliarden DM durch die 3. Stufe der Steuerreform und steigende Transferzahlungen bei, sondern auch die spürbare Beschäftigungszunahme und eine wachsende Bevölkerung durch den kräftigen Zustrom von Aus- und Übersiedlern. Zudem werden in diesem Jahr höhere Lohnsteigerungen vereinbart als in den vergangenen Jahren. Zusätzliche Impulse erhält der private Verbrauch in der Bundesrepublik von den Käufen der DDR-Bürger, die seit Jahresbeginn nicht

Spitzenmeldung

Die nebenstehende 14-Zeilen-Meldung vom letzten Freitag im Bonner General-Anzeiger hätte ihrer Bedeutung nach sogar der Aufmacher sein können.

Immerhin stand sie auf der ersten Seite und informierte über eine Tatsache, die zu diesem Zeitpunkt keiner für möglich gehalten hätte. Ihre besondere Bedeutung erhält die Meldung dadurch, daß dem Ergebnis der Steuereinnahmen eine Entwicklung der DDR-Wirtschaft vorausgegangen sein muß, die ebenfalls keiner schon heute für möglich gehalten hätte.

Es ist erstaunlich, wie beiläufig Erfolgsmeldungen, auf die alle Welt wartet, sich ausdrücken lassen, so im letzten Satz der Meldung: ***Angesichts der eher positiven Entwicklung blieben die für August erwarteten Schwierigkeiten größtenteils aus.***

DDR nahm mehr Steuern als erwartet ein

Berlin/DDR. (AP) Das Steueraufkommen in der DDR hat sich nach Darstellung des Finanzministeriums im August günstiger entwickelt als angenommen. Von den für diesen Monat vorausgesagten 2,7 Milliarden Mark hätten die Finanzämter per 24. August 2,2 Milliarden eingenommen und an den Staatshaushalt abgeführt, sagte der zuständige Abteilungsleiter Heinz Feurich gestern der Nachrichtenagentur ADN. Das Aufkommen habe sich im Zuge der Steuerreform gegenüber Juli verdreifacht. Angesichts der eher positiven Entwicklung blieben die für August erwarteten Schwierigkeiten größtenteils aus.

mehr als Ausfuhr, sondern als inländische Konsumnachfrage in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbucht werden.

Die Dynamik des Beschäftigungszuwachses hat sich in diesem Jahr noch einmal merklich verstärkt. Im Jahresdurchschnitt könnten trotz eines zunehmenden Facharbeitermangels rund 550.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, so daß die Zahl der Beschäftigten auf 28,13 Millionen steigt. Die Kurzarbeit ist mit rund 30.000 im Juli auf den niedrigsten Stand seit 1973 zurückgegangen.

Die hohe Nachfrage nach Beschäftigten hat sich auch in einem spürbaren Rückgang der Zahl der Arbeitslosen niedergeschlagen. Ende Juli lag sie mit 1,86 Millionen um fast 110.000 niedriger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank binnen Jahresfrist von 7,7 auf 7,1 Prozent.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1990 ging die Arbeitslosigkeit um fast 140.000 auf rund 1,98 Millionen Menschen zurück. Hält diese Entwicklung im weiteren Jahresverlauf an, wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt mit etwa 1,9 Millionen Arbeitslosen erstmals seit 1982 wieder deutlich unter die 2-Millionen-Marke sinken. Dafür spricht, daß die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen innerhalb eines Jahres um knapp 30 Prozent auf rund 330.000 Ende Juli gestiegen ist.

Trotz der anhaltend hohen Kapazitätsauslastung und der ungebrochen starken Nachfrage sind die Preise in diesem Jahr stabil.

Ausblick für 1991

Das kräftige Wirtschaftswachstum wird auch im kommenden Jahr anhalten. Die bundesdeutsche Wirtschaft profitiert weiterhin in hohem Maße von der wirtschaftlichen Vereinigung mit der DDR. Auch die Zunahme der Beschäftigung dürfte sich 1991 fortsetzen. ■

Auf Zukunft umschalten
Forschungspolitische Sofortaktionen

Anläßlich des bevorstehenden Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erklärte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Lenzer:

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 kommen auf die Forschungspolitik zusätzliche Herausforderungen zu. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält aufgrund vielfältiger Gespräche mit ihren Kollegen in der Volkskammer, aber auch mit Verantwortlichen und Betroffenen vor Ort folgende forschungspolitische Sofortaktionen für erforderlich und möglich:

Das Ostberliner Ministerium für Technik (MFT) wird eine Verwaltungsaußenstelle des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, das von Bonn aus entsprechend zu leiten ist, z. B. durch Führungskräfte des Bundesforschungsministeriums. Der Bundesforschungsminister hat dabei darauf zu achten, daß in erster Linie die an westdeutschen Kriterien gemessene Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung gewährleistet ist.

Die Berliner Außenstelle des Bundesforschungsministeriums ist sofort mit folgenden Aufgaben zu befassen:

● **interdisziplinäre** Erforschung von Müll-Altlasten

Dazu gehört die Bereitstellung von Fahrzeugen, Analysegeräten, Mannschaften, Karten u. ä. zur Bestandsaufnahme von Altlasten. Diese Bestandsaufnahme ist anhand bereits vorhandener Daten, aber auch durch Erhebungen vor Ort und durch — nach Möglichkeit — erste Analyseverfahren vorzunehmen.

● **Errichtung** eines Demonstrationszentrums zur Weiterentwicklung und Anwendung von Techniken zur Beseitigung von Altlasten

Die Vorbereitungen sind so zu treffen, daß in kürzester Zeit Entscheidungen über den Standort und die Zusammenarbeit mit den Länderbehörden gefällt werden können.

● **Interdisziplinäre** Erforschung der Waldschäden

Interviews vor Ort; Kartierung; Sichtung bisheriger Literatur; Identifikation von Hauptverursachern; Untersuchungen des Schadensverlaufs und Vergleich mit den bisher vorhandenen Erkenntnissen in Westdeutschland.

● **Anfertigung** eines Registers der hauptsächlichen Krankheiten und Todesursachen (Kinder/Erwachsene); Statistik der Lebenserwartungen (regional aufgeteilt); Vergleiche zu Westdeutschland; Identifikation von Ursachen: Umwelt, Ernährung, Erforschung der vorherrschenden Alterskrankheiten auf dem Gebiet der heutigen DDR.

● **Einrichtung** eines Demonstrationszentrums zur Übertragung hiesiger Erkenntnisse der Bausubstanzerhaltung und -sanierung auf die Verhältnisse der heutigen DDR; Bestandsaufnahmen, Schadensklassifizierungen und Entwicklung einer Strategie zur Substanzerhaltung.

DDR gibt Reichsmarkguthaben frei

Auf Reichsmark lautende Spargutbaben in der DDR gelangen nunmehr zur Auszahlung, sofern der Kontoinhaber die Umwertung von Reichsmark auf Mark der DDR im Zuge der Währungsreform beantragt hatte.

Damals wurden die Guthaben im Verhältnis 10:1 abgewertet und ein entsprechendes Anteilsrecht ausgegeben (Altguthaben-Ablösungs-Anleihe). Dieses wird jetzt von Mark der DDR im Verhältnis 2:1 auf DM umgestellt und vom 1. 1. 1949 bis zum Zeitpunkt der Tilgung mit jährlich 3 Prozent verzinst.

Berechtigte können ihren Anspruch bis zum 31. 12. 1990 auf einem amtlichen Antragsformular bei dem Geldinstitut in der DDR geltend machen, bei dem damals die Umwertung beantragt wurde. Das amtliche Antragsformular und ein Merkblatt mit weiteren Informationen können bei den örtlichen Ausgleichsämtern im Bundesgebiet sowie bei der

Staatsbank Berlin
Charlottenstr. 33/33 a
DDR-1080 Berlin

oder beim

Gesamtdeutschen Institut
Bundesanstalt für
gesamtdeutsche Aufgaben
Postfach 12 06 07, 5300 Bonn 1

angefordert werden.

● **Entwicklung** eines Schnellprogramms zur „provisorischen" Eindämmung der Energieverschwendung. Für den Fall eines strengen Winters muß Vorsorge getroffen werden, so z. B. durch die Verwendung einfacher Wärmedämmaterialien und Regelungsventile. Entwicklung einer Reduktionsstrategie zur Verminderung von NO_X, CO_2, SO_2 und sonstigen Schadstoffemissionen für das Gebiet der heutigen DDR.

● **Sanierung** eines kleines Flusses als Pilotprojekt in Anlehnung an die laufenden Initiativen im Bereich der Bundesrepublik Deutschland (Hunte, Lahn, Stör u. a.); Schaffung einer Trägerschaft (Land, Kommune) und Auswahl einer betreuenden Forschungsinstitution.

● **Umwandlung** der überwiegenden Zahl von Wasserfahrzeugen der ehemaligen Grenztruppen zu schwimmenden Umweltforschungslabors auf den Flüssen der heutigen DDR und im küstennahen Gebiet der Ostsee.

● **Schaffung** von Pilotprojekten zum Anbau und zur Verwendung nachwachsender Rohstoffe, um der Landwirtschaft entlastende Perspektiven zu bieten; Pflanzen zur energetischen bzw. chemischen und pharmazeutischen Verwendung sind probeweise anzubauen. Hierbei ist auch zu prüfen, welche Chemie-Unternehmen auf dem Gebiet der heutigen DDR in der Lage sind, sich auf die Verwertung nachwachsender Rohstoffe kurzfristig zu spezialisieren.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht davon aus, daß neben der Abwicklung dieses Sofortprogramms die Umstrukturierung der Ostberliner Akademie der Wissenschaften zügig vorangeht.

Generell gilt, daß für Zukunftsprojekte mehr Mittel aufzuwenden sind als für die Bewältigung der Lasten der Vergangenheit. In diesem Sinne auf „Zukunft umzuschalten" ist eine der Hauptaufgaben des Forschungsministers, die er im Einigungsprozeß zu leisten hat. ■

SPD schließt Zusammenarbeit mit PDS nicht aus

Der Vorsitzende der SPD der DDR, Thierse, hat eine Zusammenarbeit mit der PDS zum gegenwärtigen Zeitpunkt, nicht aber für die Zukunft ausgeschlossen.

Bei einem Streitgespräch in Ost-Berlin mit dem PDS-Vorsitzenden Gysi, über das die „junge Welt" und andere PDS-Organe ausführlich berichteten, sagte Thierse, die SPD beobachte genau, wie sich die weitere Entwicklung der PDS vollziehe, und „dann wird man in ein paar Jahren neu sehen". Zusammenarbeit sei vielleicht auch ein zu ungenaues Wort.

Was aber notwendig sei und „wofür ich unbedingt plädiere, ist natürlich die Diskussion, der Dialog, die Auseinandersetzung in politischen, theoretischen und in sehr praktisch politischen Fragen".

CDU im Saarland fordert Entlassung von Hajo Hoffmann

Die CDU-Landtagsfraktion im Saarland hat Ministerpräsident Oskar Lafontaine aufgefordert, seinen Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann wegen der Affäre um den mit einem DDR-Haftbefehl gesuchten ehemaligen Chef von Zeiss Jena, Wolfgang Biermann, zu entlassen.

Eine Erklärung des Wirtschaftsministers, wonach er Biermann aufgrund von dessen besorgniserregendem Gesundheitszustand in seinem Saarbrücker Haus aufgenommen habe, sei „wenig glaubhaft" und stehe in krassem Gegensatz zu der Aussage Biermanns, daß er als Wirtschaftsberater für mehrere Unternehmen in der Bundesrepublik arbeite. Ebensowenig glaubhaft sei, daß Biermann sich in einer finanziellen Notlage befunden habe.

Auch stehe nach wie vor unwidersprochen der Verdacht im Raum, Biermann habe als Berater Lafontaines fungiert. ■

UiD-Dokumentationen im IS-Versandzentrum

● **Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern.** Beschluß und Einführungsrede zur Ausländer- und Asylpolitik auf dem 37. Bundesparteitag.
Bestell-Nr. **5192**
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 10,— DM

● **Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern.**
Bestell-Nr. **5251**
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM

● **Leitsätze zur Weiterbildung.** Beschluß des Bundesfachausschusses Kulturpolitik vom 2. April 1990.
Bestell-Nr. **5254**
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 10,— DM

CDU-Fahne

Rechtzeitig für den ersten gesamtdeutschen Bundeswahlkampf und auch schon für den Landtagswahlkampf in der DDR gibt es in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, wieder die CDU-Fahne: rotes Partei-Logo mit Schwarz-Rot-Gold auf weißem Grund (2 x 3 m).

Bestell-Nr.: **0414**
Mindestabnahme: 1 Exemplar
Preis: 62, — DM
inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Wir feiern den Tag der deutschen Einheit

Ein Traum geht in Erfüllung

Wir Deutschen in Ost und West freuen uns, daß die Teilung unseres Vaterlandes jetzt endlich überwunden ist. Der 3. Oktober wird ein großer Tag in der Geschichte unseres Volkes sein. Nach mehr als 40 Jahren geht ein Traum in Erfüllung: "... in freier Selbstbestimmung die Einheit und die Freiheit Deutschlands zu vollenden ...", wie es schon unser Grundgesetz zum Ausdruck bringt.

Wir als Partei der deutschen Einheit haben allen Grund, den 3. Oktober mit unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen zu feiern! Das Festmotto lautet für die CDU deshalb:

Wir freuen uns auf Deutschland!

Nachfolgend haben wir für Sie 12 Ideen und Aktionsvorschläge zusammengestellt, die Sie zusammen mit Ihren Freunden aus den fünf neuen Bundesländern in Ihrem CDU-Verband vor Ort möglichst ohne großen Aufwand umsetzen können.

Wenn Sie noch weitere Anregungen haben: Bitte weitersagen! Denn gute Ideen werden immer gebraucht!

Unsere Telefonnummer:
(02 28) 54 42 75 Frau Forst.

Wichtiger Hinweis: Der 3. Oktober ist schon in diesem Jahr Feiertag! — Ganz offiziell, wenn nach dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer auch der Bundesrat am 21. September 1990 dem Einigungsvertrag zugestimmt hat. Wir meinen jedoch, Sie können schon heute mit Ihren Vorbereitungen beginnen.

Zwölf Ideen zum Tag der deutschen Einheit

1. Festvortrag

Zum Thema „Deutschland an der Schwelle der Zukunft" hält ein überregional bekannter Historiker einen Festvortrag. Mit dieser etwas ernsteren Veranstaltung können wir auch bei Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die der CDU nicht so gewogen sind, Interesse für Deutschland wecken.

2. Talk-Show

Organisieren Sie eine Open-Air-Talk-Show. Sprechen Sie mit den Menschen in Ihrer Stadt und aus der Patenstadt in einem der neuen Bundesländer über die deutsche Einigung, die Zukunft unseres Landes, die Sorgen unserer Mitbürger und über Lösungsvorschläge wirtschaftlicher und sozialer Mißstände. Als Thema bietet sich an „Deutschland einig Vaterland".

3. Deutschland-Quiz „Deutschland — unbekannte Heimat?“

Wo die Kanarischen Inseln liegen, weiß heutzutage schon jedes Kind. Aber Rügen oder Hiddensee? Mit einem Deutschland-Quiz unter dem Motto „Deutschland — unbekannte Heimat?“ und mit Fragen zu Geschichte, Politik, Geographie und Kultur lassen sich erste weiße Flecken auf der neuen Landkarte beseitigen und Neugier und Entdekkungsfreude gerade der jungen Leute an Deutschland wecken.

Ideen und Anregungen für Ihr Deutschland-Quiz finden Sie ganz einfach in populären Nachschlagewerken, z. B. im „Brockhaus-Lexikon“, Stichwort: Deutsche Geschichte, Deutsche Kultur, Bundesrepublik Deutschland usw.

4. Deutschland — Land der Dichter und Denker

Zur Freude über die deutsche Einheit gehört auch ein Rückblick auf die letzten 40 Jahre und ein erster Vorblick auf die neue Zukunft Deutschlands. Hier bietet sich eine Dichterlesung mit Texten aus dem geteilten Deutschland an. Neben einem Querschnitt durch die deutsche Literatur der Nachkriegszeit könnte auch das Nachdenken über Deutschlands Zukunft einen Themenschwerpunkt bilden. Hierzu haben sich gerade im letzten Jahr eine Vielzahl von Schriftstellern, Dichtern und Journalisten Gedanken gemacht.

5. Deutschland-Kabarett

Fast überall gibt es Kleinkünstler, Kabarettisten oder Unterhaltungstalente, die nicht nur zur Karnevalszeit aktiv sind. Versuchen Sie, ob Sie eine politische Kabaretteinlage verwirklichen können: „Deutschland wie es singt und lacht“. Besonders Künstler aus dem Bereich der neuen Bundesländer freuen sich bestimmt über einen öffentlichen Auftritt bei uns.

6. Ballon-Aktion „Deutschland im Aufwind“

Lassen Sie einen Schwarm schwarz-rot-goldener oder bunter CDU-Luftballons gen Himmel steigen. Die Kinder können Sie sicherlich mit den rosa CDU-Folienballons in Herzform erfreuen. Denn die CDU hat ein Herz für Kinder und für Deutschland.

7. Herz-Aktion

Passend zu den Herzballons der CDU können Sie Lebkuchenherzen backen oder von einem örtlichen Bäcker backen lassen: Ein prominenter Politiker verkauft die Herzen zusammen mit Kreisvorstandsmitgliedern. Der Erlös wird einem wohltätigen Zweck gespendet.

8. Ein Baum für Deutschland

Sicher haben auch Sie bisher am 17. Juni und am 13. August, den Tagen des Arbeiteraufstands in der DDR und des Mauerbaus in Berlin, eine besinnliche Gedenkfeier abgehalten. Jetzt am 3. Oktober bietet sich die Gelegenheit, an diesen traurigen Gedenkstätten ein Zeichen der Freude und Hoffnung zu setzen: Pflanzen Sie hier einen Baum für Deutschland!

9. Malwettbewerb „Kinder malen Deutschlands Zukunft“

Gerade für Kinder ist das vereinte Deutschland etwas völlig Neues, das sicher ihre Phantasie beflügelt. In einem Malwettbewerb können sie ihrer Vorstellungskraft freien Lauf lassen und Wün-

sche und Träume für Deutschlands Zukunft zu Papier bringen. Sicher werden Ihre örtlichen Geschäftsleute gerne bereit sein, einige kleine Geschenke für diesen Wettbewerb zu spenden.

10. Start einer Reihe „Die Traumfabrik – Der deutsche Film“

Sie können auch den 3. Oktober zum Anlaß nehmen, eine Veranstaltungsreihe zum Thema Deutschland zu beginnen. Wie wäre es mit einer Serie deutscher Filme? Zeigen Sie Filme aus der Zeit, als Deutschland führend in der Filmkunst war, ebenso wie Filme, die im geteilten Deutschland entstanden sind.

11. Tanz in den 3. Oktober

Veranstalten Sie am Abend vor dem Tag der deutschen Einheit einen Tanz in den 3. Oktober hinein. Ideal sind hier zentrale Plätze in der Innenstadt, der Marktplatz oder andere bekannte Festplätze an Ihrem Ort. Damit Ihr Fest ein großes Volksfest wird, sollten möglichst auch die lokalen Vereine und Geschäfte mitmachen und ihre Stände aufbauen. Versuchen Sie, die Veranstaltung möglichst „offen“ zu halten, um die Hemmschwellen vieler Bürger vor „geschlossenen Veranstaltungen“ in Gaststätten oder Festsälen zu vermeiden. Optimal zu dieser Jahreszeit: ein regengeschütztes Fest- oder Bierzelt.

Übrigens: Damit Ihr Tanzabend auch für junge Leute attraktiv ist, sollten Sie in Zusammenarbeit mit der JU überlegen, ob Sie nicht auch eine junge Musikgruppe einladen oder eine Disco-Ecke einrichten können.

Höhepunkt des Festes ist um 24 Uhr ein kleines Feuerwerk:

„Herzlich willkommen, Deutschland!“

12. Deutsches Spezialitäten-Buffet

Außer Musik und Tanz gibt's natürlich ein kulinarisches Entdeckungs-Buffet auf einem Platz Ihrer Stadt: Essen und Trinken aus deutschen Landen. Wie wär's mit einer selbstgemachten Erbsensuppe, Leipziger Allerlei, Thüringer Rostbratwurst oder Schwarzwälder Schinken? Es muß ja nicht immer Pommes und Pizza sein . . . ■

DDR-Politbarometer

Der Aufschwung wird von der CDU erwartet

55 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in der DDR antworten auf die Frage danach, wie es ihnen persönlich in einem Jahr gehen wird, mit „eher besser“, und 60 Prozent von ihnen sind der Meinung, daß auch die gesamte wirtschaftliche Lage in einem Jahr „besser“ sein wird.

Das ergibt eine Umfrage, die die Forschungsgruppe Wahlen im August unter 1.000 DDR-Bürgern durchgeführt hat.

Wolfgang Gibowski, Leiter der Forschungsgruppe, kommentiert dieses Ergebnis im Zusammenhang mit der ebenfalls erfragten Vorliebe für die Parteien: Man erwartet, daß der Aufschwung von der CDU gebracht wird.

Außenwerbung im Wahlkampfjahr 1990

Aufgrund der großen Nachfrage sollten Sie Ihre Bestellung rechtzeitig abgeben, da sich die Lieferzeiten in den letzten Wochen vor der Wahl erheblich verlängern.

Nr.	Artikel	Format	Gesamthöhe	Preis je Stück
Abb. 1a	Einzelstellfläche (Vierkantholz/Hartfaserplatte)	A1	1,40 m	15,— DM
		A0	1,60 m	22,— DM
Abb. 1b	Dachständer (Vierkantholz/Hartfaserplatte mit Aufhaltesperre)	A1	1,40 m	30,— DM
		A0	1,60 m	54,— DM
o. Abb.	Dreieckständer (Vierkantholz/Hartfaserplatte)	A1	1,40 m	58,— DM
		A0	1,60 m	79,— DM
Abb. 2	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A1	1,39 m	119,— DM
	Dreieckständer (mit PVC-Scheiben)	A1	1,39 m	163,— DM
	Dreieckständer (mit PVC-Scheiben)	A1	1,62 m	170,— DM
	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A0	1,62 m	146,— DM
	Dreieckständer (mit PVC-Scheiben)	A0	1,62 m	223,— DM
Abb. 3a	Mastanhänger (mit PVC-Hülle) und Trägerplatte	A1		13,70 DM
Abb. 3b	Mastanhänger mit Stahlblechplatte (durch Karabinerhaken befestigt)	A1		18,— DM
Abb. 3a—3b	Schnellspannband für Mastanhänger beliebig oft wiederverwendbar (pro Mastanhänger werden 2 Bänder benötigt)			—,90 DM

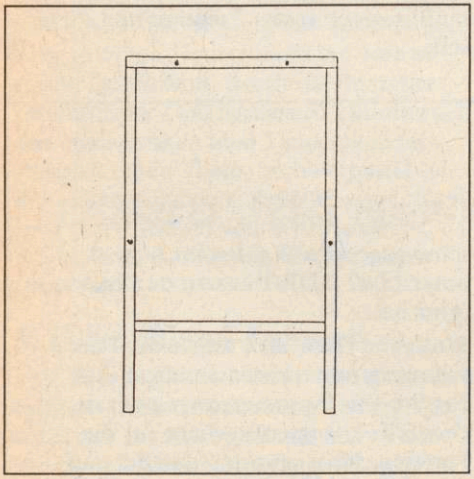


Abb. 1a: Einstellfläche aus Vierkantholz und Hartfaserplatte

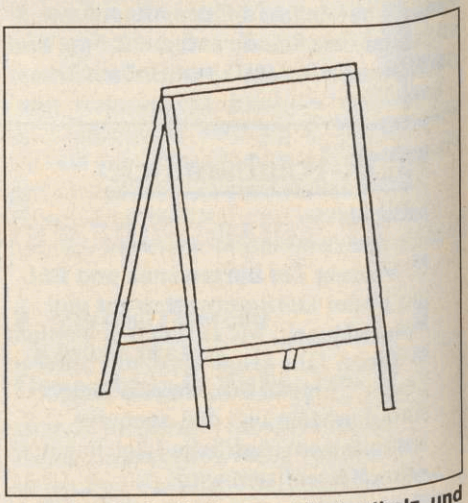


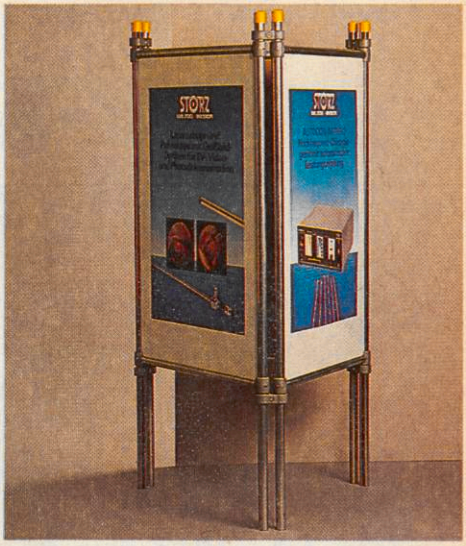
Abb. 1b: Dachständer aus Vierkantholz und Hartfaserplatte

Alle Preisangaben **inkl. MwSt.** zuzügl. Versand.

Alle Artikel sind zu diesen Konditionen nur über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, zu bestellen. Die Berechnung erfolgt direkt vom Hersteller.

Bestellungen bitte an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
5300 Bonn 1
Telefax (0228) 544-372

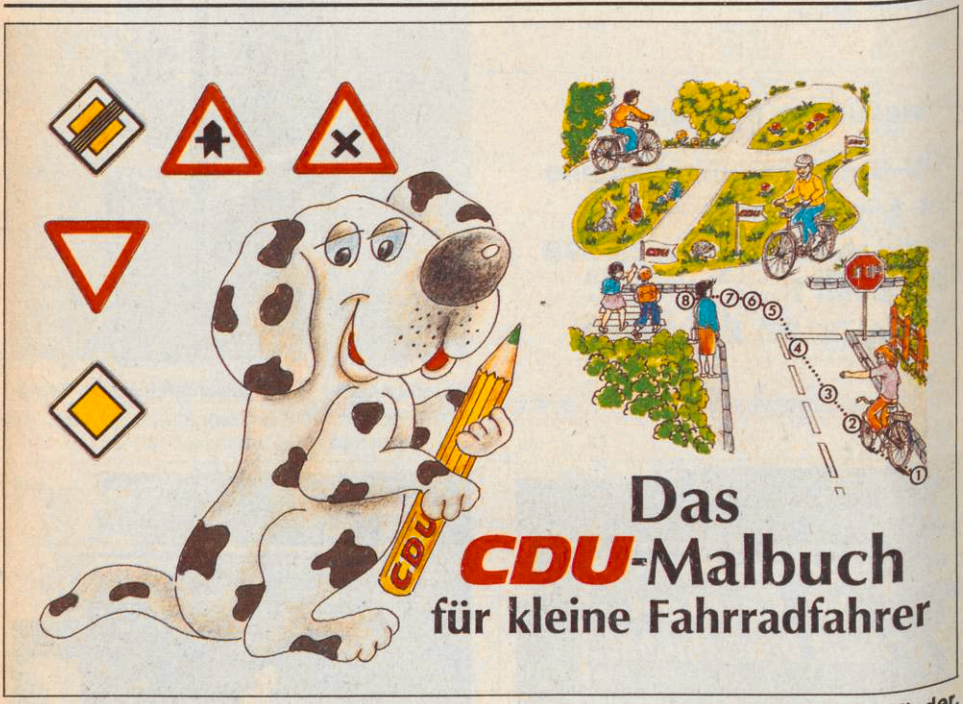


Dreieckständer aus feuerverzinktem Stahlrohrgestänge (2)

Mastanhänger mit PVC-Hülle und Kunststoffträgerplatte (3a)

Mastanhänger mit Stahlblechplatte und Karabinerhaken (3b)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Mit dem CDU-Malbuch erweitert die Bundesgeschäftsstelle ihr Angebot für Kinder. Es kann in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold, bezogen werden. Bestell-Nr.: 9262, Mindestabnahme: 25 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 18, — DM inklusive Versand zuzüglich MwSt.

UiD
27/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.